

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Ottmar Schreiner MdB zur bevorstehenden Einbringung eines Antrages für ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz: Gezielte Arbeits- und Strukturförderung anstatt konzeptionslose Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Pariser Abkommens: 20 Jahre Ende des Vietnam-Krieges - und endlich gute Aussichten auf Frieden.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB zu Konsequenzen des Sparprogramms der Regierung: Konsolidierung gefährdet Bahnreform.

Seite 4

48. Jahrgang / 18

27. Januar 1993

Gezielte Arbeits- und Strukturförderung anstatt konzeptionslose Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik

Von Ottmar Schreiner MdB
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD möchte die Vollbeschäftigung wieder zu einem vorrangigen wirtschafts- und sozialpolitischen Ziel machen. Ein wesentliches Instrument hierzu soll das Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) sein, das das AFG aus dem Jahre 1969 ablösen soll. Wir brauchen eine stärkere Verzahnung von Arbeits- und Strukturförderung und einen Ausbau der auf spezielle Personengruppen ausgerichteten Instrumente. Wir wollen Langzeitarbeitslose stärker fördern und die immer noch vorhandene Benachteiligung von Frauen aufheben.

Die SPD wird sich nicht mit ad hoc-Programmen zufrieden geben, sondern die neuen und neu angepaßten Instrumente auf eine dauerhafte gesetzliche Grundlage stellen. Die Probleme sind in Ost und West, aber auch zwischen den einzelnen Regionen unterschiedlich. Das ASFG soll daher für die meisten Instrumente eine regionale Ausrichtung erhalten. Die Mittel dort einzusetzen, wo der Bedarf am größten ist, verspricht gesamtwirtschaftlich den höchsten Effekt.

Ein Regelmechanismus soll sicherstellen, daß die Arbeitsämter die aktiven Förderinstrumente vorrangig vor der Zahlung von Lohnersatzleistungen einsetzen. Wir wollen den Regelmechanismus problemgerecht ausgestalten. Eine bindende Vorschrift soll einerseits Kürzungen wie jüngst durch das AFG-Änderungsgesetz und den restriktiven Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit verhindern, andererseits dürfen in einer Abschwungsphase Beitragserhöhungen die Konjunktur nicht abwürgen.

Bekanntlich gehört zum SPD-Konzept eine breitere Finanzierungsbasis. Beamte, Selbständige und Abgeordnete müssen zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik beitragen. Deshalb sieht das SPD-Konzept vor, den bisher einheitlichen Beitrag zur Bundesanstalt für Arbeit in zwei getrennte Beiträge aufzuspalten: Wie bisher sollen Arbeiter und Angestellte und deren Arbeitgeber einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bezahlen. Die Kosten für die aktive Arbeitsmarktpolitik sollen allerdings alle Erwerbstätigen sowie die jeweiligen Arbeitgeber jeweils zur Hälfte tragen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fairwährend Umwelt
mit verantwortlichem
Recycling-Papier



Das ASFG ist eine klare Antwort der SPD auf die konzeptionslosen und kontraproduktiven Kürzungen der Arbeitsmarktpolitik. Der Finanzminister verwechselt nämlich Ursache und Wirkung bei den Problemen der Bundesanstalt für Arbeit. Die Bundesregierung hechelt wie einst der Hase mit dem Sparschwein dem Konjunkturabschwung-igel hinterher und verschlimmert dadurch noch die Lage. Circa 250.000 Arbeitslose mehr sind die Folge der Kürzungen von insgesamt rund zehn Milliarden DM. Selbst der Sachverständigenrat kritisiert diese Politik. Die Arbeitgeber sprechen sogar von falschem Sparen. Das DIW hat soeben allein für Ostdeutschland die Kosten der passiven Leistung für das Nichtstun mit 61,8 Milliarden DM berechnet. Die SPD will diese Gelder soweit möglich in aktive Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Ost und West umleiten.

Wir müssen verhindern, daß wie einst bei Brüning zwar die Arbeitslosenversicherung saniert, aber den Wirtschaftsabschwung verschärft wird. Wir brauchen positive Signale für einen Aufschwung! Die Geldpolitik der Bundesbank und die internationale Verflechtung der Kapitalmärkte die Globalsteuerung nach dem Stabilitätsgesetz erheblich einschränkt, muß die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik eine stärkere Rolle übernehmen. Natürlich kann auch sie nur im Zusammenwirken mit anderen Politikbereichen ihre volle Wirkung entfalten. Dazu gehören zum Beispiel der Aufbau von Handelsentwicklungsgesellschaften zur Förderung des Osthandels, eine Forderung unserer Wirtschaftspolitiker. Die Arbeitszeitpolitik sollte sich weiterhin auch an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren.

Die Koalition hat hier mit ihrem sogenannten föderalen Konsolidierungskonzept fast nichts zu bieten. Nur 1,5 Milliarden DM sollen als Investitionspauschale in den Aufbau Ost fließen. Das würde vielleicht 20.000 Arbeitsplätze sichern. Für den Arbeitsmarkt gibt es ansonsten nur negative Vorzeichen. Die SPD ist zwar prinzipiell ebenfalls für die Bekämpfung von Mißbrauch, das praktisch unerfüllbare Junktim des Finanzministers stellt jedoch eher einen Mißbrauch der Mißbrauchsdiskussion dar. Für uns gehört zur Mißbrauchsbekämpfung in erster Linie der Kampf gegen Steuerhinterziehung und -umgehung. Auch der Mißbrauch von ausländischen Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmern ist mit den Verbesserungsvorschlägen des Bundesarbeitsministers noch längst nicht vom Tisch. Statt dessen die Mißbrauchsdiskussion auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu konzentrieren, ist unfair und den Tatsachen nicht angemessen.

(-/27. Januar 1993/ks/ks)

20 Jahre Ende des Vietnam-Krieges - und endlich gute Aussichten auf Frieden

Von Dieter Schanz MdB
Asienexperte der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Anlässlich dieses Jahrestages sollte man sich nochmals die von Kriegen geprägte neuere Geschichte Vietnams vergegenwärtigen: 1946 bis 1954 der erste Indochinakrieg gegen Frankreich; 1964 bis 1973 der zweite Indochinakrieg, der die Teilung Vietnams überwinden sollte, dann aber ein Krieg gegen Amerika wurde; mit dem Rückzug der Amerikaner im Jahre 1973 und dem heute zu gedenkenden Waffenstillstandsabkommen von Paris war die Teilung und damit der "nationale Krieg" zwischen Nord und Süd allerdings noch nicht überwunden; die Wiedervereinigung erfolgte erst im Jahre 1976 unter dem neuen Staatsnamen Sozialistische Republik Vietnam (SRV).

Nun mehr hätte man auf eine Normalisierung der Entwicklung des jungen Staates hoffen dürfen, doch mit dem Kambodscha-Feldzug (zur Niederschlagung des dort mit blutiger Gewalt herrschenden Pol-Pot-Regimes der Khmer Rouge) im Jahre 1979, manövrierte sich Vietnam innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft ins politische AUS; so reagierte China mit einem "Straffeldzug" im Februar bis März 1979 und die westliche Welt mit dem Abbruch jeglicher Beziehungen.

Eine Orientierung nach Moskau erscheint somit als unumgänglich. Mit der Erkenntnis, daß der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha nicht mehr militärisch, sondern nur noch auf politischem Wege zu lösen ist und dem Wandel in der Sowjetunion unter Gorbatschow (der im Zuge seiner Erfahrungen mit Afghanistan politischen Druck auf Vietnam ausgeübt haben wird) findet Vietnam und Kambodscha zu einer Friedenskonferenz (erneut in Paris) zusammen; das Ergebnis einer Friedenslösung für Kambodscha (1989: Nationaler Sicherheitsrat unter Beteiligung aller politischen Gruppen in Kambodscha soll freie Wahlen in diesem Jahr herbeiführen) ist für alle in diesen Interessenkonflikt involvierten Gruppen zufriedenstellend; mit dem Truppenabzug der Vietnamesen aus Kambodscha, gelangt Vietnam aus der politischen Isolierung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft.

Diese neue Position könnte für Vietnam auch eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung bedeuten; als Zeichen des Bemühens um eine wesentliche Umstrukturierung im vietnamesischen Wirtschaftsgefüge, daß das wirtschaftliche Genie der Vietnamesen (ähnlich wie bei Japanern, Chinesen und Koreanern) zur Entfaltung brächte, das bisher unter den Vorschriften des strengen KP-Führungs nicht erblühen konnte, sind die Reformen in Richtung Betriebsautonomie zu bewerten; Entscheidungen des letzten Parteitages der Sozialistischen Führung weisen auch in diese Richtung, allerdings bleibt die Führung immer noch ambivalent: will man wirtschaftliche Entwicklung, so kommt man an der Einführung von demokratischen Elementen und der Zulassung westlicher Einflüsse nicht vorbei.

Um dem jungen Pflänzchen der vietnamesischen Öffnungspolitik Aussicht auf Erfolg zu geben, bedarf es der entsprechenden internationalen Unterstützung sowohl finanzieller als auch politischer Art; insbesondere sind hier die USA und damit Bill Clinton gefordert, eine Normalisierung der Beziehungen herbeizuführen; und dies rasch, bevor der Druck der Vietnam-Veteranen in Kombination mit zu erwartenden ersten innenpolitischen Rückschlägen der Clinton-Administration eine solche Normalisierung aus "taktisch emotionalen" Gründen nicht mehr zuläßt.

Die Bundesregierung ist insbesondere im entwicklungspolitischen Bereich gefordert, ein Strategiekonzept der Entwicklungszusammenarbeit sowohl für Vietnam (und hier ist FZ und TZ nicht zu niedrig anzusetzen) als auch für die gesamte ASEAN-Region zu entwerfen und zu realisieren. Entsprechende Vorschläge habe ich bereits für die SPD an anderer Stelle formuliert.

Insgesamt muß sich eine Interessengemeinschaft von Europa, USA und den ASEAN-Staaten, die eine besonders wichtige Rolle spielen, zusammenfinden, die die Friedensbemühungen sowohl in Vietnam aber auch in Kambodscha und Birma/Myanmar entsprechend ihrer Möglichkeiten unterstützt.

(-/27. Januar 1993/ks/ks)

Konsolidierungsprogramm gefährdet Bahnreform

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Verkehrspolitiker von CDU/CSU und FDP haben vor den Fraktionssitzungen am 20. Januar 1993 zum "Föderalen Konsolidierungsprogramm" offenbar ihren Sachverstand zu Hause gelassen. Anders ist es nicht zu erklären, daß Verkehrsminister Krause allein auf weiter Flur und letztlich erfolglos gegen die von ihm zutreffend erkannte Gefährdung der Bahnreform durch die von Finanzminister Waigel geplante Kostenabwälzung auf die Länder kämpfen mußte.

Nicht nur die vom Finanzminister konstruierte Finanzierungsnotwendigkeit von 12 bis 14 Milliarden DM pro Jahr für die Bedienung von Altlasten der Bahn, sondern insbesondere auch die Abwälzung von insgesamt 14 Milliarden DM bisher bestehender Finanzierungsverpflichtungen des Bundes für Schienen-Personen-Nahverkehr und ÖPNV auf die Länder gefährden ernsthaft eine Verabschließung der Bahnreform in dieser Legislaturperiode. Es ist nicht vorstellbar, daß die Länder einer solchen "Reform" auf ihre Kosten zustimmen können, mit der sich der Bund dauerhaft und weit über die Laufzeit des Konsolidierungsprogramms hinaus finanziell zu sanieren versucht.

Verkehrsminister Krause hat dies erkannt und mit der richtigen Argumentation für eine Änderung des mißlungenen Konzepts gestritten. Es ist nicht zu verstehen, wieso er dabei von den Verkehrspolitikern der Koalition vollkommen im Stich gelassen wurde. Wenn einzelne von ihnen jetzt behaupten, die Bahnreform könne trotzdem durchgeführt werden, ohne dies aber näher zu begründen, so ist dies nicht mehr als "Pfeifen im Wald". Offensichtlich macht sich nun doch die Erkenntnis breit, welche gravierende Unterlassungssünde man in der letzten Woche begangen hat.

Selbst wenn die Länder wider Erwarten dem Konsolidierungsprogramm zustimmen sollten, wird das Ziel der Bahnreform im Ergebnis verfehlt: Aus ihren eigenen Haushalten können sie nicht einmal den jetzigen Stand des Schienen-Personen-Nahverkehrs und des allgemeinen ÖPNV aufrechterhalten, geschweige denn die von allen Verkehrsexperten geforderten Verbesserungen umsetzen. Bis auf S-Bahn-Verkehre in großen Ballungsgebieten wird es deshalb zu massiven Stilllegungen und Verlagerungen auf den Busverkehr - insbesondere im ländlichen Bereich - kommen. Damit wird mindestens die Hälfte des derzeitigen Schienennetzes beider Deutschen Bahnen unmittelbar bedroht. Eine Bahnreform ließe dann nur noch eine Schrumpfbahn übrig, die sich fast ausschließlich auf wenige gewinnbringende Fernverkehrsstrecken konzentrieren müßte.

Statt einer Stärkung der Bahn, die das eigentliche Motiv für die Bahnreform ist, würde genau das Gegenteil erreicht. Eine solche "Reform" wäre ihren Namen nicht mehr wert.

Es paßt ins Bild, daß die Straßenbaumittel bei den Einsparmöglichkeiten nicht angepackt wurden. Eine weitere massive Ausdehnung des motorisierten Verkehrs wird die zwangsläufige Folge sein.

Wenn es bei den Beschlüssen bleibt, ist dies die endgültige Verabschließung der Koalition von einer umwelt- und menschengerechten Verkehrspolitik. Es ist ein Armutszeugnis, daß die Verkehrspolitiker der Koalition diese Konsequenzen bei der Beratung des föderalen Konsolidierungsprogramms nicht erkannt haben!

(-/27. Januar 1993/ks/ks)
